

Mahnung und Protest. I., Aus der Schweiz ; II., Aus der Kirche ; III., Aus der Wissenschaft

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **29 (1935)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-136744>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wenn von Abrüstung die Rede war, aus den Reihen dieser „Volksrecht“- und „Tagwacht“-Leute getönt: „Ja, aber wenn Mussolini käme?“ Hat nicht Fritz Adler mit seinem Ausblick auf den „antifaschistischen Krieg“ die Militärpolitik der Partei stark beeinflusst? Und was den Gipfel bedeutet: Hat man nicht das Einschwenken zur „Landesverteidigung“ ausgerechnet damit begründet, daß das Heer für die Sozialisten nur dazu dienen sollte, den „faschistischen Horden“ entgegenzutreten? Und nun, wo es möglich wäre, Mussolini und dem Faschismus, damit aber auch Hitler, einen vernichtenden Schlag zu versetzen, hält die gleiche Sozialdemokratie sogar die Hand zurück, die diesen Schlag führen will und verleugnet gegenüber den sehr deutlichen Beschlüssen der Internationale jene „Disziplin“, die sie, wenn es ihr paßt, in unvergleichlich kleineren Dingen von den Parteimitgliedern verlangt. Nun, da die „faschistischen Horden“ anstürmen, gegen Abessinien und damit gegen die Schweiz, gegen die kleinen Länder, gegen die Demokratie, gegen den Sozialismus — nun plädieren sie auf Drückebergerei! Die „faschistischen Horden“ haben ihren Dienst damals getan! — So werden die sozialistischen Arbeiter von sogenannten Führern an der Nase geführt. Es ist ein wahrer moralischer Selbstmord der schweizerischen Sozialdemokratie. Friedrich Adler, hast du Freude an deinen Zöglingen?

Aber es ist auch ein Selbstmord der Schweiz. *Wenn nicht doch noch eine Erhebung des Besten, was in unserem Volke lebt, gegen diesen Verrat an Ehre und Zukunft stattfindet.* Schweizervolk, bedenke den Ernst der Entscheidung! Als die Eidgenossen am 25. August 1444 im brennenden Kirchlein zu St. Jakob ihren Untergang vor Augen sahen, da sagten viele: „Gryffensee, das ist dyn Rach!“ Möge es nicht geschehen, daß an dem Tage, wo die Scharen der Knechtung und Gewalt, denen gerade wir durch unsere Haltung einen Freibrief ausstellen, gegen die Schweiz anstürmen und wir so vergeblich auf die Hilfe der Welt warten, wie jetzt, soweit es auf *uns* ankommt, die Abessinier, wo gerade die Edelsten, die Freiesten in allen Völkern kein Interesse mehr an *dieser* Schweiz haben, aus der Nacht des Unterganges der Schweiz der Ruf ertöne: „Abessinien, das ist deine Rache!“

Leonhard Ragaz.

Mahnung und Protest.

Wir bringen im folgenden eine Reihe von Äußerungen zum Kampfe gegen den Krieg und zur Haltung der Schweiz. Die Red.

I. Aus der Schweiz.

I.

Die Teilnehmer der in *Attisholz* (Solethurn) stattfindenden Kurswoche der *radikal-pazifistischen Organisationen* der Schweiz fühlen

sich verpflichtet, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die Ehre und das Lebensrecht der Schweiz eine vollständige Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen den Völkerbund fordern. Sie halten die Pflicht der Schweiz, an den vom Völkerbund gegen Italien angeordneten wirtschaftlichen Maßregeln teilzunehmen, nicht für *bedingt*, sondern für *unbedingt* und von unserer militärischen Neutralität unabhängig. Ein Ausweichen von dieser klaren, durch feierliches Versprechen bekräftigten Verpflichtung wäre eine Verleugnung der Ehrenhaftigkeit des Schweizervolkes und eine Verfündigung gegen die Grundlagen der schweizerischen Existenz, die auf einer Ersetzung der Gewalt durch das Recht beruht. Wir bedauern aufs tiefste, daß der Vertreter des Bundesrates in Genf kein Wort der Verurteilung für die Vergewaltigung eines schwachen Volkes durch ein starkes gefunden hat, lehnen es ab, daß eine Politik, die sich auf solchen Bahnen bewegt und dem besten Geist des Schweizervolkes widerspricht, als die der Eidgenossenschaft bezeichnet wird und fordern eine Politik des männlichen Mutes, des Einstehens für Recht und Menschlichkeit, der Treue gegen das verpfändete Wort und die offenkundige Pflicht.

2.

Die am 12. und 13. Oktober in *Solothurn* tagende Jahresversammlung des Schweizerischen Zweiges der *Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit* erachtet es als eine unbedingte Pflicht der Schweiz, sich an den vom Völkerbund beschlossenen *wirtschaftlichen Sanktionen* gegen Italien zu beteiligen. Die Schweiz hat in der Londoner Erklärung das formelle Versprechen abgegeben, gemeinsam mit andern Ländern in dieser Form gegen einen Friedensbrecher vorzugehen. Und selbst, wenn dieses formelle Versprechen nicht bestünde, so läge es unzweifelhaft im Interesse eines kleinen Landes wie die Schweiz, sich an der Ahndung einer offenkundigen Verletzung des Völkerbunds Paktes, wie sie heute vorliegt, zu beteiligen und damit den Völkerbundsgedanken zu stärken. Es geht um die Existenz des Völkerbundes, und darum auch um die Existenz der Schweiz; denn wenn die im Völkerbunde in ihren ersten Anfätzen vorhandene Rechtsordnung ungestraft mißachtet wird, kann sich kein kleines Volk weiter auf die Erhaltung seiner Freiheit und Unabhängigkeit verlassen.

II. Aus der Kirche.

I.

Der in Basel vom 9. bis 11. September 1935 versammelte *Internationale Bund Antimilitaristischer Pfarrer* erkennt die gegenwärtig furchtbarste politische Tatsache im Kampf für den Frieden darin, daß

in den Diktatorländern, vor allem in Deutschland und Italien, der Militarismus als solcher verherrlicht und der Pazifismus als solcher verhöhnt und verfolgt wird.

Der Bund bittet alle, welche um Christi und damit um der Wahrheit und Menschlichkeit willen den Krieg verurteilen, allen Ernstes zu bedenken, daß es sich bei der erwähnten Tatsache um nichts Geringeres als um die offene und restlose Abgabe an Christus und an alle Menschlichkeit handelt.

Der Bund warnt alle Friedenskämpfer davor, sich die Bedeutung dieser Tatsachen durch die Friedensreden verwischen zu lassen, welche die Machthaber jener Länder an das Ausland richten, während sie gleichzeitig jedes Wort gegen den Kriegsgeist in ihrem Machtbereich grausam bestrafen.

Mit dem Willen zur Verständigung und Veröhnung muß der Wille zur Wahrheit, welche die Voraussetzung aller Verständigung ist, Hand in Hand gehen. Durch ein falsch angebrachtes Entgegenkommen den Machhabern der Diktatorländer gegenüber werden die in Kerkern und Konzentrationslagern Gemarterten, denen unsere ganze Sympathie und Solidarität gehört, preisgegeben.

Als Glieder der christlichen Kirche fühlen wir, daß es eine demütigende Anklage gegen uns alle bedeutet, wenn in einer Welt, in der seit Jahrhunderten Christus verkündigt worden ist, Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit in so furchtbarer Weise mit Füßen getreten werden.

Wir bitten Gott, daß er uns und unsere Kirchen zu unerfrockenem Zeugnis gegen alle Menschengötter, Mächte und Gewalten erwecke und alle Angst durch den Glauben an den Sieg Christi unter uns überwinde.

2.

Die am 9. bis 11. September 1935 in Basel tagende Versammlung des *Internationalen Bundes Antimilitaristischer Pfarrer*, aufs tiefste beunruhigt durch die bisherige Entwicklung des italienisch-abessinischen Konfliktes und die unverhohlenen Kriegsdrohungen des italienischen Regierungschefs, erlaubt sich, mit folgenden dringenden Erwägungen an die Völkerbundsversammlung sich zu wenden:

„Der Krieg würde den am Konflikt beteiligten Völkern wider ihren Willen aufgezwungen;

Wenn der Friedensbrecher ungehindert sein vertragswidriges Verhalten durchsetzen kann, wird der ganze Völkerbundsvertrag ein Fetzen Papier, und der Völkerbund selbst, da er so seine Autorität eingebüßt hat, muß zusammenbrechen;

Das Gelingen einer solchen rücksichtslosen Beugung des Rechtes durch die Gewalt wird zur Nachahmung einladen und vor allem die

kleineren Völker der Willkür eines stärkeren Nachbarn schutzlos preisgeben;

Der Grundsatz, wonach die Konflikte zwischen den Völkern durch das Recht und nicht durch die Gewalt entschieden werden sollen, würde so eine nicht wieder gutzumachende Niederlage erleiden und der Sache des Friedens würde auf unabsehbare Zeit ein unheilbarer Schlag veretzt;

In der ganzen Welt würden durch die Zulassung eines solchen Verbrechens die Gewissen vergiftet und der Menschheit würde sich eine immer dunklere Ratlosigkeit bemächtigen;

Für uns würde das eine feige Verleugnung unseres Herrn und Meisters Jesus Christus oder eine offene Abfage an seine Nachfolge bedeuten. Zugleich würde der Konflikt zwischen den militärischen Anforderungen des Staates und der höchsten Autorität des Gottes der Liebe, der wir, so viel an uns liegt, mehr als den Menschen zu gehorchen entschlossen sind, verschärft und dadurch die Gewissensnot noch vergrößert.“

Deshalb bitten wir die Völkerbundsversammlung, alles zu tun, um eine nicht gewaltsame, aber gerechte Lösung des Konfliktes durchzusetzen und die Entscheidung nicht nur aus der Erwägung augenblicklicher Interessen, sondern aus dem Bewußtsein ihrer grundsätzlichen Bedeutung und aus der Verantwortung für die Zukunft der Menschheit zu fällen.

3.

Der am 9. bis 11. September 1935 in Basel tagende *Internationale Bund Antimilitaristischer Pfarrer* ruft, angesichts der auch innerhalb der christlichen Kirchen überhandnehmenden Vergötterung des Staates und der Nation die Kirchen dazu auf:

1. in ihrer Verkündigung bei aller Verbundenheit mit ihrem Volke dem Staat gegenüber den großen Vorbehalt des Gehorams gegen Gott bedingungslos und grundsätzlichen zu betonen;
2. den Völkern und Regierungen im Namen Gottes zu sagen, daß Krieg Sünde ist und der Fluch Gottes auf ihm ruht;
3. die Gewissen ihrer Glieder dafür zu schärfen, daß zwischen Kriegsdienst und Christentum ein unerträglicher Widerspruch besteht;
4. einzutreten für diejenigen, welche dieser Widerspruch in den Konflikt mit den bestehenden Staatsgesetzen hineintreibt, indem sie vor allem darauf dringen, daß Dienstverweigerung aus Gewissensgründen nicht mit Ehrenstrafen belegt und daß endlich in allen Ländern die Möglichkeit eines nicht-militärischen Ersatzdienstes an der Volksgemeinschaft geschaffen werde.

III. Aus der Wissenschaft.¹⁾

An die Staatsmänner.

Exzellenz!

Wir Psychiater, deren Aufgabe es ist, das geistige und seelische Leben der gesunden und kranken Menschheit zu durchforschen und mit unserem Wissen zu dienen, fühlen uns verpflichtet, als Aerzte an Sie ein ernstes Wort zu richten.

In der Welt herrscht gegenwärtig eine Sinnesart, die das Leben der Völker mit ungeheuren Gefahren bedroht, da sie zu einer ausgesprochenen Kriegspsychose führen kann.

Krieg heißt alle Kräfte der Vernichtung gegen die Menschheit aufbieten, bedeutet Vernichtung des Menschen durch die Technik.

Wie bei allem menschlichen Geschehen ist auch bei den komplizierten Problemen des Krieges die seelische Verfassung der Völker von höchster Bedeutung.

Soll der Krieg vermieden werden, müssen Völker und Führer sich über ihre Einstellung zum Kriege bewußt werden. Nur Selbsterkenntnis kann eine Weltkatastrophe verhüten.

Grundlegend dafür ist folgende Einsicht:

1. Scheinbar besteht ein Gegensatz zwischen der bewußten Abneigung des Einzelnen gegen den Krieg und der Bereitschaft der Gesamtheit, Krieg zu führen. Denn der Mensch denkt und fühlt anders als Einzelindividuum wie als Teil eines Ganzen.

Im Kulturmenschen des 20. Jahrhunderts sind noch wilde und destruktive Instinkte des Urmenschen lebendig, Instinkte, die noch nicht veredelt sind und hemmungslos sich äußern, wenn der Gemeinschaft eine Gefahr zu drohen scheint. Das unbewußte Verlangen, diese Urinstinkte sich ausleben zu lassen, ungestraft, sogar belohnt, fördert in hohem Maße die Kriegsbereitschaft.

Es gilt, sich immer wieder bewußt zu werden, daß nur der Geist die rohen Triebe bändigen kann. Die kriegerischen Instinkte, in gute Bahnen geleitet, liefern Kräfte, die der Menschheit zum Segen gereichen, dieselben Kräfte, die ungezügelt zum Chaos führen müssen.

2. Der Mangel an Wirklichkeitsinn der Völker ist erschreckend. Vorstellungen vom Kriege, wie sie sich in Paradeuniformen usw. äußern, haben nichts zu tun mit dem Kriege, wie er sich in Wirklichkeit abspielt.

Verwunderlich ist auch die Gleichgültigkeit gegenüber dem verbrecherischen Treiben und den Intrigen der internationalen Waffenindustrie. Es ist ein Wahnsinn, zu dulden, daß einzelne wenige aus der Hinmordung von Millionen ihren persönlichen Vorteil ziehen.

¹⁾ Diese Erklärung ist von 338 Irrenärzten aus der ganzen Welt unterzeichnet worden.

D. Red.

Man muß den Wirklichkeitsfönn und den Selbsterhaltungstrieb der Massen aufrütteln, da diese Instinkte die stärksten Bundesgenossen gegen den Krieg sind. In derselben Richtung wirkt die Stärkung des sittlichen und religiösen Geföhls im Volk.

3. Die Reden bekannter Staatsmänner lassen oft erkennen, wie primitiv ihre Vorstellungen vom Kriege sind, nicht anders wie die des durchschnittlichen Kleinbürgers. Ausdrücke wie folgende: „Krieg ist die notwendige Konsequenz der Lehre Darwins“ und „Mars ist der höchste Gerichtsherr“, sind angesichts einer modernen Kriegsföh rung falsch und gefährlich. Sie verschleiern primitive Macht- und Kampfinstinkte und sollen nur dazu dienen, den Kriegswillen beim eigenen Volke anzustacheln. Ungeheure Gefahren liegen in der suggestiven Kraft der Reden von Staatsmännern. Kriegsgeist, einmal entflammt, ist nicht mehr zu dämpfen. Man erinnere sich der Parole von 1914 „Das Vaterland ist in Gefahr“ und ihrer Wirkung auf die Völker.

Wie der Einzelmensch, so können unter dem Einfluß solcher Suggestionen ganze Völker neurotisch werden, können durch Angstvorstellungen und Wahnideen zu Abenteuern getrieben werden, die für sie und andere den Untergang bedeuten.

Wir Psychiater erklären, daß unsere Wissenschaft heute sehr wohl imstande ist, wirkliche, vorgeschobene und unbewußte Motive unterscheiden zu können, auch bei Staatsmännern. Die Geschichte wird über diejenigen zu Gerichte sitzen, die ihre Völker militärisch drillen und dabei ständig das Wort Friede im Munde föhren. Sie sind es, die vor allem schuldig gesprochen würden an dem unfäglichen Elend, das ein neuer Krieg bringen würde.

Nachdrücklich weisen wir darauf hin, daß Bezeugungen von Friedensbereitschaft, wenn auch aufrichtig gemeint, noch nicht den opferbereiten Willen garantieren, welcher notwendig ist, um den Frieden auf die Dauer zu gewährleisten, wenn nötig auf Kosten nationaler Opfer.

Wir sind der Meinung, daß die Organe der gemeinsamen Interessen der Völker weit genug ausgebildet sind, um es den Föh rern zu ermöglichen, gemeinsam jeden Krieg zu verhüten.

Sollten jedoch einige der Föh rer noch glauben, daß die Organisation des Friedens noch nicht so genügend vorbereitet ist, um ihm die Dauer zu sichern, so empfehlen wir ihnen, ebensoviel Kraft und Geld darauf zu verwenden, als sie zur Aufrüstung ihrer Völker gebrauchen.

Wir schließen damit, daß wir uns bewundernd vor den Staatsmännern verneigen, die von der hohen Warte überlegener Moral und Kultur aus ihren Völkern die Bahn des Friedens weisen; sie sind es, die allein sich Föh rer der Völker nennen dürfen.

Diese Kundgebung ist von folgenden *schweizerischen* Psychiatern mitunterzeichnet worden:

Dr. H. Berfot, Landeron (Neuenburg); Dr. F. Blattner, Königsfelden (Aargau); Prof. Dr. E. Bleuler, Zollikon bei Zürich; Dr. E. Blum, Bern; Dr. Elfa Blum-Sapas, Bern; Dr. H. Christoffel, Basel; Dr. O. Diem, Luzern; Frl. Dr. W. Erismann, Zürich; Dr. Irene Ferrat-Marton, Hohenegg bei Meilen; Dr. H. Flournoy, Genf; Dr. O. L. Forel, Prangins bei Nyon; Dr. L. Frank, Zürich; Dr. C. Good, Münstingen (Bern); Dr. M. Guillerey, Nyon (Waadt); Prof. Dr. W. Gut, Zürich; Dr. O. Hinrichsen, Herisau; Dr. K. Imboden, St. Gallen; Dr. M. Kesselring, Hohenegg bei Meilen; Dr. A. Kielholz, Königsfelden (Aargau); Dr. P. Lauber, Marfens (Fribourg); Dr. A. Löpfe, St. Gallen; Dr. Elina Meier, Laufanne; Dr. W. Moos, Zürich; Dr. Margrit Müller, Hohenegg bei Meilen; Dr. H. Müller, Gland (Waadt); Prof. Dr. F. Naville, Genf; Dr. Neuhaus, Biel; Dr. Ch. Odier, Genf; Dr. H. Oltramare, Genf; Dr. G. de Palézieux, Mont Pélerin sur Vevey; Dr. A. Repond, Malévoz, Monthey (Wallis); Dr. F. Rutishauser, Ermatingen (Thurgau); Dr. R. de Sauffure, Genf; Dr. H. Schiller, Wil (St. Gallen); Dr. H. Schmid, Münchenbuchsee (Bern); Dr. P. Voitahevski, Marfens (Fribourg).

Die Oxfordleute im Volkshaus.

Wer in der vorletzten Woche in Zürich in der Börse oder in der Kirche Fluntern an einer Versammlung der Oxfordbewegung teilnahm, mit der Absicht, sich ein deutliches Bild von ihr zu machen, konnte gut auf seine Rechnung kommen. Schon eine einzige Versammlung ergab einen eindeutigen Eindruck, der durch den Besuch von weiteren Veranstaltungen nur bestärkt wurde. Für uns religiöse Sozialisten waren noch wichtiger als die Versammlungen der oberen Zehntausend die drei Abende im Volkshaus. Was hat die Oxfordbewegung dem einfachen Volke zu sagen?

Das erste, was auffiel, war, daß die Oxfordleute wohl nicht sehr heimisch waren im Volkshaus. Sie wendeten sich an die sozialistischen Arbeiter und schienen nicht zu sehen, daß diese kaum sehr zahlreich waren, sondern daß vor allem wohl jene Leute kamen, die in den Arbeiterquartieren die Kirchen besuchen. Daß die Zusammensetzung so und nicht anders war, zeigte sich auch daran, daß die Zuhörer sich ohne Zwischenrufe Dinge sagen ließen, die eine tiefe Kränkung der Arbeiter bedeuteten. Nicht nur das Volkshaus, auch die Probleme der Arbeiterschaft schienen den Oxfordleuten wenig vertraut zu sein. Wohl wußten sie, daß sie, um die Arbeiter zu gewinnen, anknüpfen mußten an die Nöte der heutigen Zeit, aber sie taten es in einer Weise, die nur ihr Versagen zeigte. Empörend war die Art, wie am ersten Abend das Problem der Arbeitslosigkeit berührt wurde. Wie auch an